

Eichler, Wolfgang; Uhlig, Christa

Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. Was sie wollte, was sie war und wie sie abgewickelt wurde

Dudek, Peter [Hrsg.]; Tenorth, Heinz-Elmar [Hrsg.]: *Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang. Weinheim u.a. : Beltz 1993, S. 115-126. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 30)*



Quellenangabe/ Reference:

Eichler, Wolfgang; Uhlig, Christa: Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. Was sie wollte, was sie war und wie sie abgewickelt wurde - In: Dudek, Peter [Hrsg.]; Tenorth, Heinz-Elmar [Hrsg.]: *Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang. Weinheim u.a. : Beltz 1993, S. 115-126 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-105967 - DOI: 10.25656/01:10596*

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-105967>

<https://doi.org/10.25656/01:10596>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Zeitschrift für Pädagogik

30. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

30. Beiheft

Transformationen der deutschen Bildungslandschaft

Lernprozeß mit ungewissem Ausgang

Herausgegeben von

Peter Dudek und H.-Elmar Tenorth

Beltz Verlag · Weinheim und Basel 1993

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Fotokopien für den persönlichen oder sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benützte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG Wort, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1993 Beltz Verlag · Weinheim und Basel

Herstellung (DTP): Klaus Kaltenberg

Satz: Satz- und Reprotechnik GmbH, Hemsbach

Druck: Druck Partner Rübelmann GmbH, Hemsbach

Printed in Germany

ISSN 0514-2717

Bestell-Nr. 41131

Inhaltsverzeichnis

PETER DUDEK/H.-ELMAR TENORTH

Vorwort.....	7
--------------	---

I.

SIEGFRIED WOLF

Worte, in den Wind gesprochen.....	13
------------------------------------	----

II.

KLAUS JÜRGEN TILLMANN

Staatlicher Zusammenbruch und schulischer Wandel. Schultheoretische Reflexionen zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß.....	29
--	----

GUNDEL RICHTER/BERND-REINER FISCHER

Städtischer Schulalltag im Wandel. Eine Lehrerperspektive.....	37
--	----

BENNO HAFENEGER

Aus westlicher Sicht. Ein Bericht über Lehr-Erfahrungen im revolutionären Wandel	49
--	----

GERD EGGERS

„Nun sag’, wie hast du’s mit der Religion?“ Erlebnisse und Reflexionen um einen Brandenburger Modellversuch im Kontext gesamtdeutscher Schulreform	61
--	----

III.

ULRICH WIEGMANN

SED-Führung – Administration – erziehungswissenschaftliche Zentrale. Zur Entwicklung der Machtverhältnisse im Volksbildungsbereich der DDR an der Schwelle zur „entwickelten (real)sozialistischen Gesellschaft“	75
--	----

HEIKE KAACK

Reform im Wartestand. Die Bildungspolitik der DDR im Sommer 1989.....	89
---	----

BERND-REINER FISCHER

Ein auslaufendes Modell. Das Verschwinden des DDR-Wissenschaftlers	103
--	-----

WOLFGANG EICHLER/CHRISTA UHLIG

Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR	115
---	-----

HELGA GOTSCHLICH

Wie gründet man ein Institut?	127
-------------------------------------	-----

IV.

CHRISTINE LOST

Der pädagogisch-totalitäre Anspruch in der DDR. Seine Entwicklung an Beispielen 139

GERNOT BARTH

Bildung und Politik. Humboldt und die DDR-Pädagogik 149

LOTHAR WIGGER

Die Wende der DDR-Pädagogik. Eine Inhaltsanalyse von „Pädagogik“ und
„Pädagogik und Schulalltag“ 161

WOLFGANG SEITTER

Abwicklung museal geronnener Geschichte. Bemerkungen
zur museumspädagogischen Arbeit in der DDR 181

V.

CHRISTOPH FÜHR

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Lehrerbildung in den neuen Ländern.
Ihre Entstehung und ihre Zielsetzungen 195

WOLFGANG EDELSTEIN/ULRICH HERRMANN

Potsdamer Modell der Lehrerbildung 199

HEINZ-HERMANN KRÜGER/THOMAS RAUSCHENBACH

Über die Schwierigkeiten deutsch-deutscher Annäherung. Notizen zum „Neuaufbau“
der Erziehungswissenschaft am Beispiel Halle 219

PETER MENCK

Pädagogik in und nach der Wende. Ein Beispiel 237

VI.

ELKE BOVIER/KLAUS BOEHNKE

Einheit? Ein Vergleich der Werthaltungen von Ost- und Westberliner
Lehramtsstudentinnen und -studenten vor der Währungsunion 245

BERND STICKELMANN

Sozialpädagogik als Westimport? Erfahrungen in der Fortbildung 259

YVONNE G. LÜDERS

Protokoll eines schwierigen Forschungseinstiegs 273

HELMUT HAFEMANN

Von der Schwierigkeit, Demokratie und Selbstorganisation einzuüben.
Erfahrungen im Aufbauprozeß des Landesjugendrings Thüringen 283

VII.

PETER DUDEK/H.-ELMAR TENORTH

Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Rückblick in prospektiver
Absicht 301

Autorenspiegel 329

Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR

Was sie sein wollte, was sie war und wie sie abgewickelt wurde

Mittwoch, 19. Dezember 1990, 8.45 Uhr, Konferenzraum II des früheren Ministeriums für Volksbildung. – Nach wochenlangen Verhandlungen über die Chance von Perspektiven verkündete der Leiter der Außenstelle des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, jener für die Abwicklung der APW als „nachgeordnete Einrichtung des Ministeriums für Volksbildung“ zuständigen Instanz, das Urteil über die etwa 600 noch an der Akademie Beschäftigten: Abwicklung aller Bereiche zum Jahresende, „Warteschleife“ mit verkürzten Bezügen und automatischem Erlöschen des Arbeitsverhältnisses nach sechs bzw. neun Monaten, Wünsche für fröhliche Weihnachten – und der heiter-zynische Rat, man möge die Wartezeit für Arbeitssuche und Fortbildung nutzen und nicht sechs Monate auf Teneriffa verbummeln. Das war der Schlußpunkt für eine Einrichtung, über deren Geschichte, Funktion und Realität noch zu sprechen sein wird, für Menschen, deren Schicksal mit der APW im guten wie im bösen verwoben war, für ein Jahr Reformgeist und Umgestaltungswillen. – In den ohnehin düsteren Gängen der APW in der Berliner Otto-Grothe-Wohl-Straße stapelten sich Bücher über Bücher – für den Müll. Im Archiv sammelten sich wissenschaftliche Materialien, Arbeit aus Jahrzehnten – in der Hoffnung, daß vielleicht eine Spur erhalten bleibt. Manche hatten den Ehrgeiz, ihre Arbeitsräume besenrein zu übergeben – an wen? In vielen Augen Tränen, Wut, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit, Enttäuschung. Abschied – wovon? Weihnachtsstimmung mochte nicht aufkommen in diesem Jahr. Noch war man nicht gewöhnt an Abwicklung en gros und Arbeitslosigkeit in Millionen Zahlen – wie ein Jahr danach. Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften überlebte die DDR um kaum drei Monate. Ihr Ende vollzog sich ohne Aufsehen und ohne nennenswerten Widerstand. Dennoch sollte ihre Geschichte nicht einfach vergessen werden, weil einerseits eine wissenschaftliche pädagogische Einrichtung dieser Dimension in Deutschland einmalig war und weil andererseits Gründung, Existenz und Ende der APW auf jeweils spezifische Weise ein Lehrstück im Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik darstellen.

Vor dem Hintergrund dieser Erinnerungen kann Nachdenken über die APW von Subjektivität nicht frei sein, will es auch nicht. Die Autoren, deren Beziehungen zur APW recht verschiedenartig waren, bieten neben Fakten ihre Sicht auf diese Einrichtung an, wohl wissend, daß es berechtigt andere Sichtweisen geben mag.

Vorgeschichte und Gründung

Auch die APW hatte ihre Vorgeschichte – eine unmittelbare, aus der sie hervorging, und eine weiter zurückreichende, auf die sie sich gelegentlich besann (vgl. GEISLER 1984). Eigenständige erziehungswissenschaftliche Einrichtungen zur Beförderung der pädagogischen Forschung, zur wissenschaftlichen Begleitung der Gestaltung des Bildungswesens

und zur Qualifizierung der Lehrerschaft nahmen in Deutschland bereits am Ausgang des 19. Jahrhunderts Idee und Gestalt an, z.B. mit dem Deutschen Schulmuseum (1875–1908), der Deutschen Lehrerbücherei (1908), der „Auskunftsstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens“ (1899), der „Zentralstelle für den naturwissenschaftlichen Unterricht“ (1914), dem „Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht“ (1915), der „Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte“ (1890) oder der „pädagogischen Zentrale“ (1908). Die Erinnerung an diese Einrichtungen, in der ersten Pädagogengeneration der DDR noch lebendig, mag in die Motive zur Gründung des „Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts“ 1949 in Berlin, das der APW vorausging, eingeflossen sein.

Die Idee einer zentralen pädagogischen Forschungsstelle entstand in der sowjetischen Besatzungszone früh, gleichsam als Folge der im Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule vom 12. Juni 1946 fixierten antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungs- und Umerziehungsabsicht. Gedacht war an eine zwar zentrale, aber unabhängige und in gleichberechtigter Beziehung zu den 1946 an den Universitäten gegründeten pädagogischen Fakultäten stehenden Forschungseinrichtung in Berlin und an gleichartige Institutionen in den Ländern, von denen in erster Linie methodische Anregungen erwartet wurden (SOTHMANN in: Zur Geschichte 1989, S. 153f.). Aber gerade in der Frage der Unterstellung und des wissenschaftlichen Anspruchs gab es Divergenzen. Das Zentralinstitut sollte „von unten her entwickelt“, nicht „von der Spitze her“ organisiert werden (MARQUARDT in: ebd., S. 159). „Es muß selbständig sein ... nicht eine Abteilung der DVV [Deutsche Verwaltung für Volksbildung – d. Autoren]. In den Ländern sind nicht Filialen, sondern selbständige Stellen einzurichten, die den Ministern unterstehen und die durch das Zentralinstitut gelenkt werden – und zwar nicht bürokratisch“ (SAWANJUK in: ebd., S. 161). Gewerkschaften und Pädagogische Fakultäten sollten beteiligt sein (NIKITIN in: ebd., S. 162). Dem entgegen standen Vorbehalte gegenüber den Pädagogischen Fakultäten, „da die bisher vorliegende wissenschaftliche Arbeit noch stark den Eindruck von hilflos und idealistisch mache. Die aktive Beteiligung (des DPZI) bei der Ausarbeitung der pädagogischen Theorie ist zur unmittelbaren Pflicht zu machen“ (WORONOW in: ebd., S. 162). Inhalt und Ton der Eröffnungsreden am 15. September 1949, gehalten von P. WANDEL, H. SIEBERT, M. MITROPOLSKI und M. KREUZIGER, unterstreichen offensichtliche Nuancen im Wissenschaftsverständnis und der erwarteten Funktion des DPZI. WANDEL plädierte dafür, „von einer objektiven Tatsachenforschung auszugehen, nicht von Spekulationen, Institutionen und sonstigen Dingen“ und bezog die Pädagogischen Fakultäten ausdrücklich ein (ebd., S. 172). SIEBERT hob das DPZI als „gewichtiges Kampfinstrument gegen alle reaktionären Erziehungstheorien und Unterrichtsmethoden, für die Herausarbeitung einer fortschrittlichen deutschen demokratischen Pädagogik“ heraus und verwies auf „ernste Mängel in der Arbeit der Pädagogischen Fakultäten“ (ebd., S. 176). MITROPOLSKI erläuterte, in welcher Richtung er theoretische Arbeit erwartete: „Kann man über die Rolle und die Leistung des Lehrers in der Schule sprechen, ohne einige Theorien zu liquidieren, die bei der Leistungssteigerung stören?“ Und nennt hierfür ein Beispiel: „In diesen Tagen haben wir erfahren, daß aus Schulen die Schulbänke hinausgeworfen werden. Ich glaube nicht, daß ... das eine progressive pädagogische Erscheinung ist ..., und ich habe Angst, Herr Wandel, daß diese Bänke morgen als Brennholz benutzt werden. Aus welchen pädagogischen Theorien heraus geschieht das? Man hat mir sehr interessant geantwortet: Wir wollen die Schüler zu freien schöpferischen Persönlichkeiten erziehen, und das kann man nur am Tisch und nicht an einer Schulbank. Das ist kein Scherz, sondern dahinter stecken ernste pädagogische Theorien, die Theorie der sogenannten elastischen

Schule, der Versuch, den Klassenunterricht zu liquidieren, der Versuch, die bürgerliche Theorie der sogenannten freien Erziehung in der Schule durchzuführen“ (ebd., S. 178). KREUZIGER hoffte darauf, ein in Berlin geplantes Lehrerbildungsinstitut „räumlich, personell und sachlich aufs engste mit dem Zentralinstitut verbinden“ zu können (ebd., S. 180). Erster Direktor des DPZI wurde HANS SIEBERT. Nach dem Statut vom 2. März 1950 unterstand das Institut dem Minister für Volksbildung und arbeitete nach den Anweisungen des Ministeriums für Volksbildung der DDR (ebd., S. 181). Es richtete in den Ländern Zweigstellen ein.

Die Gründungssituation des DPZI erscheint als Abbild der politischen Gesamtkonstellation jener Jahre, die im konkreten Fall zu einer Entscheidung für eine politisch abhängige, die pädagogische Wissenschaftsentwicklung dominierende und zensierende Einrichtung führte. Unter diesen Prämissen kam es in den folgenden Jahren immer aufs neue zu substantiellen inhaltlichen und personellen Auseinandersetzungen, die zumindest als Indiz dafür gelten können, daß die Wissenschaftsentwicklung in der DDR so eindimensional nicht war. Die Grundentscheidung von 1949 allerdings konnte nicht revidiert werden. Sie fand über die Jahre hinweg weitere Vertiefung durch die Schaffung verschiedener zentraler forschungsführender Gremien, wie des Wissenschaftlichen Rates beim Ministerium für Volksbildung 1959, und sie fand ihre Manifestation schließlich in der Gründung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR am 15. September 1970 analog zu den bereits bestehenden fünf anderen Akademien der DDR. Die Gründung der APW wurde durch verschiedene Momente und Interessen befördert: u.a. durch das Beispiel der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der UdSSR, die bereits 1943 als APW der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik gegründet worden war, vor allem aber durch die mit der Gesellschaftsprogrammatik einhergehenden Wissenschaftseuphorie in den 60er Jahren. „Die Verwirklichung der Strategie ‚Überholen ohne einzuholen‘ setzt voraus, in der wissenschaftlichen Forschung eigene, dem Sozialismus gemäße Wege zu gehen, die sozialistische Großforschung zu entwickeln, die interdisziplinäre kollektive Gemeinschaftsarbeit ... zu realisieren usw.“ (PHILOSOPHEN-KONGRESS 1970, S. 12).

Auf erziehungswissenschaftlichem Gebiet sollte dieser Anspruch über die APW verwirklicht werden. Großforschung bedeutete auch hier Konzentration des Forschungspotentials, Wissenschaftsorganisation im Sinne zentralistischer Planung und Leitung, Rationalisierung und möglichst effektiven Einsatz der Mittel. Darauf orientierte auch die von Ulbricht unterzeichnete Grußadresse des ZK der SED zur Gründung der APW. Es wird darin gefordert, „die Ergebnisse und Erfahrungen anderer Wissenschaften zielstrebig zu studieren und in der eigenen Arbeit zu verwerten, konsequent andere Wissenschaften – wie Mathematik, Kybernetik, Statistik, Soziologie – in der pädagogisch-wissenschaftlichen Arbeit zu nutzen und die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung und anderer technischer Hilfsmittel in der Forschung zu gewährleisten“ (in: Zur Geschichte 1989, S. 191).

G. NEUNER verweist 1991 auf damalige westliche Bestrebungen, im erziehungswissenschaftlichen Bereich ebenfalls in den „Dimensionen der Großforschung“ zu denken (S. 291). Welche wechselseitigen Beeinflussungen hier erfolgten, müßte untersucht werden. Präsident der APW wurde Prof. Dr. GERHART NEUNER (Jahrgang 1929), der bereits seit 1961 Direktor des DPZI war. Höchstes wissenschaftliches Gremium war das Plenum der APW, d.h. die Gesamtheit der 40 Ordentlichen und der 30 Korrespondierenden Mitglieder. Ihm gehörten neben führenden pädagogischen Wissenschaftlern aus der APW, von Universitäten, Hoch- und Fachschulen auch Vertreter anderer Wissenschaften, Schulfunk-

tionäre und Praktiker an. Weitere Wissenschaftler und Praktiker wurden über Arbeitsgemeinschaften und die Wissenschaftlichen Räte der Institute in die Arbeit einbezogen, so daß die übergroße Mehrheit der Hochschullehrer in den Erziehungswissenschaften der DDR auf irgendeine Weise mit der APW verbunden war.

Das Statut bestimmte Funktion, Aufgaben, Organisation und Arbeitsweise. Danach sollte die APW sowohl Forschungsinstitution als auch zentrale Leiteinrichtung für die pädagogischen Wissenschaften der DDR sein. Von ihr waren die internationale Zusammenarbeit mit wissenschaftlich-pädagogischen Einrichtungen der UdSSR und anderer sozialistischer Länder zu organisieren und eine enge Verbindung von Wissenschaft und Praxis zu sichern. Den gewollten Traditionsbezug symbolisierten die Bildnisse PESTALOZZIS, DIESTERWEGS, KRUPSKAJAS und THEODOR NEUBAUERS, welche die Amtskette des Präsidenten schmückten.

Analysiert man aus heutiger Sicht die Gründungsdokumente der APW, erkennt man neben der Euphorie auch schon Momente, die in verhängnisvoller Weise fortwirkten. Besonders schwerwiegend war die Unterstellung der Akademie unter den Minister für Volksbildung. Damit hängt zusammen, daß unter dem Dach der APW keineswegs alle pädagogischen Wissenschaften ihre Heimstatt fanden. Die wissenschaftlichen Einrichtungen für die Berufsbildung, für das Hoch- und Fachschulwesen existierten neben der APW, die im Grunde eine Akademie des Volksbildungswesens im engeren Sinne und dabei speziell der Schule blieb. Das bedeutete, daß sie vom „Primat der Schulpolitik“ (HOFMANN in: ZUR GESCHICHTE 1989, S. 231) auszugehen und sich „voll auf die Lösung der schulpolitisch-pädagogischen Hauptaufgaben“ (NEUNER in: ebd., S. 223) zu konzentrieren hatte.

Wirken und Image

In der Gründungsphase der APW war von den pädagogischen Wissenschaften noch die Lösung einer Doppelaufgabe – „Vorlauf- und Realisierungsforschung“ – erwartet worden. Im Laufe der Zeit geriet die Vorlaufforschung im Sinne von Grundlagenforschung immer mehr in den Hintergrund. Umfassende (und möglichst sofortige) Praxiswirksamkeit der pädagogischen Forschung war der Leitgedanke einer Wissenschaftsleitung und -organisation, die auf eine weitgehende Instrumentalisierung der pädagogischen Wissenschaften abzielte, die Projektarbeit favorisierte und dazu in einen Führungs- und Planungsfetischismus mit entsprechender Bürokratie verfiel.

Unterstellung und wissenschaftspolitische Ausrichtung gestatteten der APW als Gesamtheit nur ein geringes Maß an Eigenständigkeit. Im Verhältnis von Politik und Wissenschaft dominierte eindeutig die Politik. Allerdings war diese Konstellation bis in die Mitte der 70er Jahre hinein an der APW keineswegs unumstritten. In der HONECKER-Zeit erlangte das Ministerium für Volksbildung – aus naheliegenden Gründen – einen erheblichen Machtzuwachs. Das Ministerium war nicht nur Auftraggeber und Abnehmer für wesentliche Bereiche an der APW, sondern auch permanent als eine den wissenschaftlichen Prozeß unmittelbar kontrollierende Instanz präsent (vgl.: NEUNER 1991, S. 291). Selbst die für das „sozialistische“ System charakteristische „Doppelherrschaft“ von Staat und Partei auf allen Ebenen, die gelegentlich auch als eine Art „Gewaltenteilung“ funktionierte, war für die APW kaum von Bedeutung.

Die Einflußnahme des Ministeriums wurde auch über die innere Leitungsstruktur der APW umgesetzt. Diese war hierarchisch aufgebaut. Die rund 20, zumeist in Abteilungen

gegliederten, Institute und Arbeitsstellen bildeten die für die wissenschaftliche Arbeit wesentlichen Struktureinheiten. Sie entsprachen – wenn auch nicht konsequent – der disziplinarischen Gliederung des pädagogischen Wissenschaftsgebietes, einschließlich benachbarter Disziplinen (Grenzdisziplinen) wie Pädagogische Psychologie, Bildungssoziologie und Bildungsökonomie. Die Größe der Institute und Arbeitsstellen war unterschiedlich und umfaßte zwischen 10 und 50 Mitarbeiter. Die Gesamtmitarbeiterzahl der APW betrug Mitte der 80er Jahre etwa 850, davon 560 Wissenschaftler. Die Institute und Arbeitsstellen wurden leitungsmäßig zu Vizepräsidentenbereichen zusammengefaßt. Der Präsident, die vier oder fünf Vizepräsidenten und der Generalsekretär bildeten die erste Leitungsebene. Laut Statut leitete der Präsident die APW nach dem Prinzip der Einzeileitung und der kollektiven Beratung. Das oberste ständige Beratungsgremium war das Präsidium. Die Funktionsweise dieser Leitungspyramide bestand darin, daß alle wesentlichen Aufgaben und Ergebnisse den Weg über sie hinunter und hinauf nehmen mußten. Die Erwartungen und Bewertungen der nächsthöheren Leitungsebene setzten dabei die Maßstäbe. Diese Arbeitsweise begünstigte die Verbürokratisierung, beeinträchtigte die Effektivität und verursachte Verluste an Kritikfähigkeit, Innovationsstreben und theoretischer Originalität. Die aufwendige Forschungsplanung konnte in vielen Fällen nicht als positives Moment wirksam werden, weil der auf fünf Jahre berechnete Plan der pädagogischen Forschung häufig nicht eingehalten wurde. Die Zwischenbilanzen auf der halben Wegstrecke führten oft zu sogenannten Planpräzisierungen, u.a. zum Abbruch von Projekten. So wurde in einer internen Bilanz der Arbeiten der Allgemeinen Pädagogik zu den Wechselbeziehungen von Erziehungsgeschehen und Gesellschaft von 1985 in der Vorbemerkung die folgende Aussage getroffen: „Dabei kann nicht verschwiegen werden, daß diese Arbeiten von Anfang an auf erheblichen Widerstand gestoßen sind, daß sie immer wieder durch Planänderungen oder Weisungen abgebrochen wurden, so daß sie zu keinem Zeitpunkt seit Bestehen der APW zu einer solchen Reife geführt werden konnten, daß sie in einer größeren zusammenhängenden Arbeit einem breiteren Publikum hätten vorgestellt werden können“ (BILANZIERENDE ÜBERSICHT 1985, S. 51).

Die wissenschaftliche Arbeit der APW war maßgeblich von den Zuständigkeiten und dem Handlungsbedarf des Ministeriums für Volksbildung bestimmt. Forciert, aber zugleich besonders kontrolliert und Interventionen ausgesetzt wurden praktisch orientierte, angewandte Forschungen und Entwicklungsarbeiten, vor allem im Zusammenhang mit den Lehrplanwerken. Empirische Untersuchungen und Experimente verblieben in den durch die herrschende Schulkonzeption gesetzten Grenzen. Theoretische Arbeit wurde begünstigt. Die Beschäftigung mit der sogenannten spätbürgerlichen Pädagogik erfolgte weitgehend in Form ideologiebestimmter Polemik.

Im internen Wissenschaftsverständnis spiegelte sich die Situation u.a. in der Frage nach dem Verhältnis von Projektarbeit und disziplinarer Entwicklung wider, die bis zuletzt nicht produktiv entschieden werden konnte, obwohl sich in den letzten Jahren die Erkenntnis der Bedeutung von disziplinarer Arbeit und Entwicklung nachdrücklicher zur Geltung brachte (vgl. DAS SYSTEM der pädagogischen Wissenschaften 1988). Dadurch, daß die disziplinarischen Potentiale lange Zeit fast ausschließlich in Projektarbeiten verschlissen wurden, kam es zu empfindlichen Störungen des Mechanismus der Reproduktion der Wissenschaft (vgl. GUNTAU/LAITKO 1987, S. 44). Bezeichnend dafür ist, daß Gesamtdarstellungen großer Wissenschaftsgebiete, Lehrbücher der Disziplinen, Monographien usw. Seltenheitswert hatten. Die wenigen lehrbuchähnlichen Publikationen seit 1970 entstanden fast alle nicht an der APW. Ausnahmen sind die Methodiken der Unterrichtsfächer und das

deutsch-sowjetische Gemeinschaftswerk „Pädagogik“. Dafür hatten die hausinternen, nicht käuflich zu erwerbenden Publikationen, die sogenannte „graue“ Literatur oder „Brotschürenpädagogik“, ein erhebliches Ausmaß.

Wenn auch die äußeren und inneren Bedingungen der APW wissenschaftlichem Schöpfungstum nicht unbedingt förderlich waren, wenn auch auf Druck von außen immer wieder Disziplinierungskampagnen ausgelöst wurden, sofern politisch-ideologische Tabus angerührt und entsprechende Grenzen überschritten worden waren, so setzte sich dennoch die Eigendynamik von Wissenschaft auch an der APW durch. Ein individueller Handlungsspielraum des Wissenschaftlers war durchaus vorhanden, und zwar um so mehr, je weniger der einzelne in die Leitungsstrukturen eingebunden und je weiter die jeweilige Disziplin vom unmittelbaren Interesse des Ministeriums entfernt war. Es fehlte an der Basis auch nicht an Kollegialität, Solidarität sowie freimütiger wissenschaftlicher und politischer Diskussion.

Über Leistungen und Ansehen der APW generalisierend zu sprechen; ist kaum möglich. Für eine differenzierte Sicht fehlt es aber an Voraussetzungen, z.B. an öffentlicher Diskussion und an gründlicher Evaluierung. Aufarbeitungen der Geschichte der einzelnen Disziplinen stehen noch nicht zur Verfügung. So bleibt nur, sich mit groben Umrissen und Andeutungen zu begnügen. Hauptsächlicher Gegenstandsbereich sowie vorrangiges Anwendungsgebiet und Wirkungsfeld der APW war das Volksbildungswesen im engeren Sinne, und hier vor allem die Schule der DDR. Ohne Zweifel ist die Schule der DDR maßgeblich von der APW und dem ihr vorangegangenen DPZI mitgeprägt worden. Zwei Lehrplanwerke und ein großer Teil der pädagogischen und fachdidaktischen Folgematerialien sind unter ihrer Federführung entstanden. Schulbau, Unterrichtsmittel, außerunterrichtliche Tätigkeit an der Schule, Schule und Elternhaus, Lehrerbildungsforschung und Direktorenqualifizierung waren weitere auf die Schule bezogene Aufgabenbereiche.

Die Schule, ihre Lehrpläne und die in ihnen vergegenständlichten pädagogischen Konzeptionen sind sicher differenziert einzuschätzen. Auch hier hängt viel vom Standpunkt des Wertenden ab. Ein historisch gerechtes Urteil ist zur Zeit kaum zu erwarten. Immerhin ergab eine repräsentative Umfrage des Dortmunder Instituts für Schulentwicklung, daß das DDR-Schulwesen bei Ablehnung der „parteideologisch beeinflussten Pädagogik“ in den neuen Bundesländern erhebliche Akzeptanz besitzt, womit sich eine verbreitete Skepsis gegenüber dem „Schul-Import“ aus dem Westen verbindet (*Berliner Zeitung* vom 17. 12. 1991). Wie dem auch sei, die flächendeckende Einführung der zehnjährigen Pflichtschule mit ihrem polytechnischen Bildungsbereich wird als eine bedeutende Innovation in der deutschen Schulgeschichte nur schwer zu leugnen sein.

Im Vergleich zu den intensiven Lehrplanarbeiten und zur fachdidaktischen Arbeit überhaupt gelang es in bezug auf die Schule als Ganzes nicht, deren Erstarrung aufzuhalten und die Reformunwilligkeit der Schulpolitik zu überwinden. Daß die DDR-Schule Einheitschule und Leistungsschule in einem sein sollte, entwickelte sich zu einem Dilemma, das in der Öffentlichkeit und in der Wissenschaft zunehmend empfunden wurde. Dennoch gelang es der APW mit ihren günstigen institutionellen Rahmenbedingungen nicht, die anstehenden Probleme in einer integrativen Schulpädagogik oder Schultheorie aufzunehmen und zu bearbeiten. Das Konzept schulischer Allgemeinbildung wurde auf dem Wege der Revision der einzelnen Fachlehrpläne modifiziert, ohne daß die Proportionen zwischen den Bildungsbereichen und die Stundentafel angetastet wurden. Auch eine weiterreichende Differenzierung in bezug auf obligatorische und fakultative Bildung kam über Ankündigungen nicht hinaus (vgl. ADAM/EICHLER 1990). Insgesamt kam es zu wachsendem

Realitätsverlust und gravierendem Theoriedefizit im Hinblick auf die Schule, und zwar auch deshalb, weil die Schule in erster Linie an sich selbst gemessen wurde. Versuche in bestimmten Bereichen, z.B. in der Bildungssoziologie und in der Allgemeinen Pädagogik, den Blick in Richtung auf die gesellschaftlichen Wirkungen der Schule zu weiten, wurden auf mehr oder weniger repressive Weise abgewehrt.

Gegenüber dem quantitativen und qualitativen Gewicht der schulpädagogischen Bereiche erscheinen die anderen Disziplinen, denen in gewisser Weise Grundlagencharakter zugesprochen werden kann, beinahe randständig. Auch hier ist die Lage differenziert gewesen. Während die relativ gut ausgebaute Vergleichende oder Auslandspädagogik einer weitgehenden politischen Instrumentalisierung unterlag, hatte die Allgemeine Pädagogik fast immer um ihre Existenzberechtigung zu kämpfen. Der Historischen Pädagogik gelang es – vor allem in Kooperation mit den Vertretern der Disziplin an den Universitäten und Hochschulen –, beachtenswerte Leistungen in der Publikations- und Editionstätigkeit zu erbringen sowie wissenschaftliche Veranstaltungen zur Erbe- und Traditionspflege mit internationaler Anziehungskraft zu initiieren. Die Grenzdisziplinen – Pädagogische Psychologie, Bildungssoziologie und Bildungsökonomie – waren durch ihre Verflechtung mit ihrer außerhalb der APW institutionalisierten Wissenschaftsgruppe, z.T. auch durch ein gewisses internationales Renommee, eher in der Lage, eigenständige Konzepte zu entwickeln, partiell durchzusetzen und in Ergebnissen auszuweisen.

Zur APW gehörten außerdem die zentrale pädagogische Information und Dokumentation, das Archiv, die Pädagogische Zentralbibliothek einschließlich der Comenius-Bücherei Leipzig und der Bibliothek der Gehörlosenschule Leipzig, das Forschungs- und Rechenzentrum in Dresden und, seit 1987, das Schulmuseum. Einige dieser Bereiche leisteten Beachtliches bei der Sammlung, Sicherung, Bewahrung und Erschließung pädagogischen und wissenschaftshistorischen Kulturgutes.

Die APW besaß das Promotionsrecht A und B und bildete jährlich zwischen 30 und 50 Aspiranten aus. Sie gab drei Zeitschriften, zwei Jahrbücher sowie verschiedene Informationsdienste und Schriftenreihen heraus. Wegen ihres enormen Potentials – sie konzentrierte fast 40% der erziehungswissenschaftlichen Forschungskapazität der DDR auf sich – hatte sie bedeutenden Anteil an den pädagogischen Publikationen überhaupt.

Ihre Praxisbeziehungen realisierte sie in Kooperation mit 22 Forschungsschulen, zwei Forschungskindergärten, drei Basiskreisen und sechs Forschungsstützpunkten.

International kooperierte sie vor allem mit den sozialistischen Ländern und hatte über die UNESCO Beziehungen zu Entwicklungsländern. Verbindungen zu Institutionen Österreichs, Frankreichs und Finnlands bahnten sich an, obwohl das Ministerium für Volksbildung Kontakten mit dem westlichen Ausland eher ablehnend gegenüberstand. Wissenschaftler der APW hatten im Vergleich zu ihren Kollegen an den Universitäten, die einem anderen Ministerium unterstanden, nur geringe Möglichkeiten zur Teilnahme an internationaler Kommunikation, sofern sie über die sozialistischen Staaten hinausging.

Innerhalb der Erziehungswissenschaft der DDR wirkte die APW nicht nur schlechthin als Leiteinrichtung, sondern sie eröffnete mit ihren Gremien und Veranstaltungen auch vielgenutzte Kommunikationsräume, initiierte Diskussionen zu theoretischen und methodologischen Problemen der pädagogischen Wissenschaften und ebnete auch manchem Forschungsprojekt den Weg.

Aus der Perspektive der Universitäten und Hochschulen ähnelte die APW wohl am ehesten einem Berichte fressenden Koloß. Der Kontakt mit ihr vollzog sich maßgeblich über ein in der Tat ungeliebtes Berichtswesen: Forschung wurde berichtsmäßig eröffnet,

begleitet, gezählt, abgerechnet, bestätigt, gelobt, kritisiert. Nähe und Ferne der Erziehungswissenschaftler zur Akademie und ihren Instituten hing von vielen Faktoren ab, so von der Einbindung in zentrale Forschungsprojekte, wurde aber in den bestimmenden Koordinaten vom einzelnen selbst beeinflusst. Dies so zu sagen erscheint uns notwendig, um wenigstens andeutungsweise dem Unschuldsmythos zu begegnen, den manche Erziehungswissenschaftler an den Universitäten und Hochschulen nach der sogenannten Wende über sich gezogen haben. Funktion und Arbeitsweise der APW verleiteten nicht selten, Fragen nach Verantwortung, Irrtum oder Schuld nach dem Motto „Haltet den Dieb“ nach „oben“ abzuschieben und den bis heute ausstehenden innerdisziplinären Auseinandersetzungen auszuweichen. Wahrgenommen und in gewissem Maße akzeptiert als Macht- und Entscheidungszentrale, attraktiv als reine Forschungsstätte, frei von Verpflichtungen in der studentischen Ausbildung, erzeugte die APW sowohl eine starke Sogwirkung als auch Ablehnung und Distanz. Beides ließe sich durch vielfache persönliche Erfahrung belegen. War die forschungsmäßige Anbindung an die APW für die einen erniedrigend, weil sie sich als „Wasserträger“ mißbraucht fühlten, konnten andere mit einer gewissen Lenkung und Orientierung, auch Legitimation, gut leben. Daß in diesen Strukturen die Gefahr von Anpassung und Kreativitätsverlust insgesamt gegeben war, scheint aus heutiger Sicht deutlich. Dennoch folgte die wissenschaftliche Arbeit in den verschiedenen Gremien, wie den Wissenschaftlichen Räten, den Forschungsgruppen und Projekten, weit weniger den hierarchischen Strukturen als vielmehr und in erster Linie der eigenen Logik und den internen Ansprüchen, gelangte in der Forschungspraxis zu gleichberechtigter Kooperation, beförderte die Herausbildung von Forschungsprofilen an verschiedenen Einrichtungen und brachte in Ansätzen und punktuell, WissenschaftlerInnen der APW eingeschlossen, Emanzipationsbestrebungen gegenüber den Planungs- und Kontrollmechanismen der APW-Bürokratie hervor. Faßt man zusammen, dann ist aus unserer Sicht der vielleicht schwerwiegendste Vorwurf dieser: Die APW hat sich als eine Wissenschaftseinrichtung, die sie sein wollte, in einem solchen Maße politisch instrumentalisieren lassen, daß sie erhebliche Einschränkungen ihres Wissenschaftscharakters hinnehmen mußte, daß sie infolgedessen Deformationen im Bildungswesen mit verursacht, gerechtfertigt oder ignoriert und nun mitzuverantworten hat.

Umbruch – Aufbruch – Abbruch

Ob, inwieweit und in welcher Konsequenz die sich in der DDR anbahnende und seit dem Frühjahr 1989 mit dem Massensexodus vorwiegend jüngerer Menschen nicht mehr zu übersehende Krise von den Erziehungswissenschaftlern wahrgenommen und reflektiert wurde, ist im nachhinein schwer nachvollziehbar. Subjektiver Erinnerung ist nicht leicht zu trauen. Tatsachen, wie der IX. Pädagogische Kongreß im Juni 1989, sprechen eher für Verdrängung und Ignoranz. Auf Diskussions- und Reformbedarf, im Vorfeld des Kongresses vielfach signalisiert, wurde kaum reagiert. Öffentlicher Widerspruch blieb aus. Die Delegierten waren brav wie stets, unter ihnen alle Ordentlichen und Korrespondierenden Mitglieder der Akademie sowie die maßgeblichen Erziehungswissenschaftler des Landes. Die Vorbereitung auf den 40. Jahrestag der DDR lief scheinbar in gewohnten Bahnen, ebenso die Vorarbeit für den Plan Pädagogischer Forschung 1991 bis 1995. All dies trifft auf die APW, aber eben nicht nur auf diese, zu. An der Basis hingegen wuchsen – zu häufig in geschlossenen Kreisen – kritisches Denken, Umorientierung und Widerspruch, spätestens

seit dem Kurs der Perestroika, der von der DDR-Führung nicht mitgegangen wurde (vgl. z.B. WEISS 1990). Hier hatte der IX. Pädagogische Kongreß wenig Akzeptanz, stießen Propagandaveranstaltungen und -veröffentlichungen auf immer stärkeren Unwillen, wuchsen Aufmerksamkeit und Sympathie für die Bürgerbewegung, initiierte CHRISTA WOLFS Kritik an der Volksbildung der DDR Nachdenklichkeit (WOLF 1989).

Die Ereignisse des 6. und 7. Oktober und die Tage danach machten normale Arbeit fortan zur Unmöglichkeit. Von den Leitungen wurde zunächst mit Verständnislosigkeit, dann mit zunehmender Rat- und Hilflosigkeit reagiert. Im offiziellen Betrieb der APW begann der Umbruch mit der Plenartagung der Akademie am 18. Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR. Während an diesem Tag anderswo HONECKER abgesetzt wurde, setzten sich hier noch einmal Bestrebungen durch, den IX. Pädagogischen Kongreß zu legitimieren. Eine in der Diskussion angeregte Stellungnahme blieb halbherzig und hätte den Rückzug jederzeit erlaubt (vgl. Pädagogik 11/1989). Jedoch gewann von nun an Kritik Öffentlichkeit. Insbesondere jüngere WissenschaftlerInnen artikulierten ihre Kritik am Bildungswesen, an den Erziehungswissenschaften und an der APW selbst. Nicht wenige WissenschaftlerInnen der APW gewannen wieder Sprache, Initiative und Ideen, brachten sich auf vielfältige Weise in den gesellschaftlichen Demokratisierungsprozeß ein (vgl. u.a. DLZ 51/1989, Pädagogik 12/1989, Aufbruch 1990). Am 6. Dezember 1989 schließlich nahm die Akademie auf einer außerordentlichen Plenartagung den Rücktritt der alten Leitung an und bestätigte ein vorläufiges Leitungsgremium. Ansprüche an den Reformierungsprozeß in der APW artikulierten sich kontrovers vor allem um folgende Komplexe: die Auseinandersetzung mit der eigenen wissenschaftlichen Verantwortung und Leistung als Prozeß geistiger Emanzipation; eine innere, auf inhaltliche Neubestimmung und Wissenschaftsstrukturen bezogene Reform der Akademie im ganzen, einschließlich ihrer Institutionen und des Plenums; die Beteiligung an der landesweiten inhaltlichen Diskussion um eine demokratische Schulreform; die wissenschaftliche Öffnung der Akademie und die Beförderung nationaler und internationaler Kommunikation; die Belebung der Wissenschaftskontakte mit pädagogischen Reformkräften in der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern; die Demokratisierung der Kooperation mit den erziehungswissenschaftlichen Einrichtungen der Universitäten und Hochschulen.

Gleich zu Beginn des Jahres 1990 wurde das Statut der APW außer Kraft gesetzt. An die Stelle langjähriger Führungsgremien traten basisdemokratisch gewählte Vertreterschaften. In einem offenen Brief an alle an der pädagogischen Forschung beteiligten Einrichtungen distanzierte sich die Akademie von ihrer administrativen Funktion als Leiteinrichtung und suchte nach einem neuen wissenschaftlichen Selbstverständnis. In mehr als 50 basisdemokratischen Projektgruppen des Bildungsministeriums arbeiteten Wissenschaftler, Lehrer, Eltern, Vertreter der Runden Tische und der Kirchen an Konzepten für eine neue Schule. Dieser Prozeß der Neuorientierung, der angesichts des rasanten Tempos der politischen Entwicklungen zunehmend unter Druck geriet, beförderte auch in der APW neues wissenschaftliches Selbstbewußtsein, Bereitschaft zur kritischen Selbstanalyse und wissenschaftliche Emanzipation. Zugleich entwickelte sich ein starkes Interesse westdeutscher und westeuropäischer Erziehungswissenschaftler an Kontakten und Kooperation, das sicher zum einen auf die jahrzehntelangen Kontaktdefizite zurückzuführen war, zum anderen aber nicht selten auch auf die Hoffnung auf eine gesamtdeutsche Bildungsdiskussion. Begegnungen jener Zeit waren in ihrer Mehrheit von gegenseitiger Toleranz und Akzeptanz geprägt. Beides trat in dem Maße zurück, in dem nach den Wahlen im März 1990 Zeitpunkt und Modalitäten des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik ausgehandelt wur-

den. Für die APW ließe sich dies allein mit der Anzahl wissenschaftlicher Gespräche, Vorträge und Kooperationsangebote, von Sympathiebekundungen und Einladungen zwischen Januar und Dezember 1990 belegen. Zugleich blieb die APW in ihrer ursprünglichen Funktion wie in ihren Reformabsichten Gegenstand öffentlicher Kritik (vgl. z.B. BIESENBAUM bzw. LENZEN1990).

Bei allen inneren Widersprüchen gelang es dennoch, in konfliktreichen politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen im Frühjahr 1990 konsensfähige Konzepte für eine Reform der Akademie zu erarbeiten, nach denen die APW in einer Assoziation selbständiger Institute aufgehen sollte. Auf dieser Basis wurden in den folgenden Monaten Angebote zur Föderalisierung und Verselbständigung von Einrichtungen der APW erarbeitet, die vom damaligen Bildungsminister MEYER verbal akzeptiert und befördert wurden und in die Verhandlungen des Einigungsvertrages sowie die für die Akademien insgesamt angesteuerten Evaluierungen eingebracht werden sollten. Unter dem rechtlich noch bestehenden Dach der APW wurden in diesem Zusammenhang 19 neue Wissenschafts-, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen konstituiert, die eine weitgehende inhaltliche Unabhängigkeit besaßen und sich mit ihren Kompetenzen und Leistungsangeboten selbst dem Evaluierungs- und Überführungsprozeß hätten stellen können:

Einrichtungen, die in die Rechtsträgerschaft der entsprechenden Länder fallen sollten: Forschungsinstitut für schulische Bildung und Unterricht, Wissenschaftliches Zentrum Gesamtschule (beide Berlin), Institut für Fort- und Weiterbildung Potsdam, Pädagogisches Zentrum Halle, Bildungsforschungszentrum für das deutsch-sorbische Gebiet Bautzen, Bildungsbauten Dresden;

Einrichtungen, die sich schrittweise und mit der erforderlichen Anschubfinanzierung verselbständigen sollten: Forschungs- und Rechenzentrum Dresden, Institut für Unterrichtsmittel Berlin;

Einrichtungen, die im Rahmen einer Stiftung „Wissenschaft und Bildung“ gemeinnützige Aufgaben der Beschaffung, Bewahrung, Erschließung, Pflege und Vermittlung wissenschaftshistorischer und pädagogischer Kulturwerte tragen: Pädagogische Zentralbibliothek, Fachinformationszentrum Bildung, Schulmuseum Berlin, Forschungsarchiv, einschließlich einer Arbeitsstelle für Erziehungs- und Schulgeschichte;

Einrichtungen, deren Entwicklungsmöglichkeiten entsprechend Artikel 91b des Grundgesetzes durch Bund-Länder-Vereinbarungen geregelt werden können und durch Vereinbarungen von Ländergemeinschaften entsprechend Artikel 14 des Einigungsvertrages oder durch Überführung in das jeweilige Bundesland: Institut für Angewandte Entwicklungspsychologie und Sozialisationsforschung, Institut für Familie und Sozialpädagogik, Institut für Pädagogik der Bildungsstufen, Institut für Internationale Bildungspolitik und Pädagogik, Forschungsstelle für Allgemeine Pädagogik und Wissenschaftsgeschichte, Institut für Lern- und Lehrforschung, Institut für Bildungsökonomie und Bildungsplanung (INFORMATIONEN 1990, S. 9ff.).

Im Herbst 1990 arbeiteten in diesen Bereichen insgesamt noch etwa 600 Mitarbeiter. Eine schrittweise, sozial annehmbare Personalreduzierung war vorgedacht. Bei aller Notwendigkeit, die einer zentralistischen Wissenschaftspolitik geschuldete Konzentration von Wissenschaft in Berlin zu entflechten, ließ sich das Konzept auch davon leiten, daß die hier gegebenen Traditionen zur Anbahnung länderübergreifender pädagogischer Forschung in einer neuen wissenschaftlichen Sinngebung innovative Momente für die erziehungswissenschaftliche Situation im vereinigten Deutschland enthalten konnten. Nicht wenige Wissenschaftler aus den alten Bundesländern bestärkten diesen Gedanken. Letzten Endes wa-

ren jedoch alle diese Überlegungen Illusionen jenseits der offensichtlich schon bei der Ausarbeitung des Einigungsvertrages konzipierten destruktiven Wissenschaftspolitik für die neuen Bundesländer, für die man Gründe fortan zur Genüge fand. Ihre frühere Unterstellung unter das Ministerium für Volksbildung begünstigte offenbar, daß die APW nicht wie die anderen Akademien der DDR im Einigungsvertrag verhandelt und einer Evaluation unterzogen wurde. Diese Zusammenhänge waren zum Zeitpunkt der Abwicklungsverkündung (Schreiben des Staatssekretärs Dr. SCHAUMANN vom 21. September 1990) noch nicht im vollen Umfange zu durchschauen. Während aus bis heute objektiv nicht nachvollziehbaren Gründen sowohl der Bildungsminister als auch seine Beamten eine offene, klärende Auseinandersetzung um diese Probleme verschleierten und immer wieder Hoffnungen für die MitarbeiterInnen der APW nährten, hatten gerade sie, nach Aussage des ab 3. Oktober für die APW zuständigen Staatssekretärs, die Gleichbehandlung der Akademie verhindert und deren rasche Auflösung vorbereitet. An der Grundentscheidung der Abwicklung änderte auch die begonnene und zum Teil bereits akzeptierte Erneuerung der Akademie nichts. Auf der Grundlage der neuen Inhaltsstrukturen schließlich wurden zwischen Oktober und Dezember 1990 Verhandlungen mit den neuen Bundesländern über mögliche Anbindungen von Wissenschaftseinrichtungen in den Territorien geführt, die zum einen an der zu diesem Zeitpunkt ungeklärten Finanzsituation der Länder, zum anderen an tradierten Vorbehalten gegenüber der APW, die natürlich nicht von den neuen „Schreibtischen“ aus abzubauen waren, scheiterten. Ohne Evaluation und damit ohne Chance, pauschale Urteile zu entkräften, wurde auf Abwicklung und Abbruch der Erneuerung entschieden.

Resümee

Die APW war die wohl erste wissenschaftliche Einrichtung der DDR, die im Zuge der deutschen Vereinigung zur Strecke gebracht wurde, eher still, ohne Anteilnahme der Öffentlichkeit oder Solidarität aus der Wissenschaft. Und hätte es das gegeben, wäre es – wie wir heute wissen – nicht ins Gewicht gefallen. Immer deutlicher wurde, daß die Abwicklung der APW nur ein Moment eines viel umfassenderen und tiefer greifenden Prozesses war. Es geht letztendlich um die Ausschaltung der in der DDR gewachsenen „Eliten“ (vgl. BRÜCKER 1991, S. 1109). Es mag nicht gefallen, wenn das, was geschieht, so unverblümt benannt wird, aber es ist dem Nachdenken über Konsequenzen und Rechtfertigungsmuster möglicherweise dienlicher. Was also bleibt? Es bleiben die bohrenden Fragen nach Mitverantwortung für das Dilemma der Erziehungswissenschaften in der DDR, nach Alternativen und Versäumnissen ebenso wie Enttäuschung über neue, unkritische und öffentlich unreflektierte Anpassung. Es bleiben, dank des Engagements des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung Frankfurt a.M., Bibliothek, Archiv und eine kleine Gruppe jüngerer Wissenschaftler als Außenstelle des DIPF. Es bleibt ein Schulmuseum. Und es bleiben attraktive Immobilien, um die der Streit offensichtlich noch geht. Ein großer Teil der WissenschaftlerInnen der ehemaligen APW erhält sich in ABM-Projekten eine Spur von Hoffnung, ältere sind durch die Vorruhestandsregelung ausgeschaltet. Dem Rest blieb nur der „freie Markt“ – und es tut schon weh, qualifizierte WissenschaftlerInnen als Zeitungsverkäufer auf der Straße zu sehen.

Literatur

- ADAM, H./EICHLER, W.: Versäumnisse und Chancen: Alte und neue Versuche zur Strukturierung der Bildungsinhalte der DDR-Schule. Braunschweig 1990 (Braunschweiger Arbeiten zur Schulpädagogik 7).
- AUFBRUCH in die Zukunft: Junge Wissenschaftler zu Gesellschaft und Erziehung. Autorenkollektiv u. Leitung v. R. LAND. Berlin 1990 (Wortmeldungen 1).
- BIESENBAUM, H.: „Die Floskel von der allseits gebildeten Persönlichkeit“. In: Frankfurter Rundschau Nr. 45 v. 22. Februar 1990.
- BILANZIERENDE ÜBERSICHT über bisherige Untersuchungen der Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaftsentwicklung, Erziehung und Bildungswesen ... Ausgearb. v. G. STIERAND (Ltg.)/W. EICHLER/L. GRÄF. Berlin 1985 (masch.).
- BRÜCKER, H.: Vom Sozialismus zum Paternalismus. In: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 38 (1991) 12.
- DAS SYSTEM der pädagogischen Wissenschaften und die Gliederung der Pädagogik in Lehrgebiete. Ausgearb. v. K. H. GÜNTHER/W. EICHLER/W. NAUMANN/R. PREUSS. Berlin 1988.
- ERKLÄRUNG. Angenommen auf der 9. (40.) Plenartagung der APW der DDR am 18. 10. 1989. In: Pädagogik 44 (1989) 11.
- GEISSLER, G.: Fortschrittliche Denkansätze und Institutionen in der Geschichte der pädagogischen Forschung als Traditionen der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. In: Jahrbuch 1984. Berlin 1984.
- GUNTAU, M./LAITKO, H.: Entstehung und Wesen wissenschaftlicher Disziplinen. In: Ursprung der modernen Wissenschaften. Berlin 1987.
- INFORMATIONEN und Leistungsangebote der Institute für Bildungsforschung und Erziehungswissenschaft. Akademie der Pädagogischen Wissenschaften. Berlin, Oktober 1990.
- LENZEN, D.: Ernüchternde Fragen an die deutsche Pädagogik. In: Frankfurter Rundschau Nr. 130 v. 7. Juni 1990.
- NEUNER, G.: Pädagogische Wissenschaft in der DDR: Ein Rückblick auf Positionen und Restriktionen. In: Die Deutsche Schule (1991) 3.
- PHILOSOPHEN-KONGRESS der DDR 1970. Teil IV: Wissenschaft und Sozialismus. Berlin 1970.
- STELLUNGNAHMEN – Zuschriften – Anregungen. In: Pädagogik 44 (1989) 12.
- THESEN ZUR SCHULREFORM. In: Deutsche Lehrerzeitung Nr. 51 (1989); vgl. auch: Bildungswesen aktuell 12 (1990).
- WEISS, H.: Neues pädagogisches Denken ... In: Pädagogik 45 (1990) 4.
- WELKE, G.: Wie weiter in der Zusammenarbeit pädagogischer Wissenschaftler der DDR? In: Pädagogische Forschung 31 (1990) 4.
- WOLF, CH.: Das haben wir nicht gelernt. In: Reden im Herbst. Berlin 1990.
- ZUR GESCHICHTE der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. Autorenkollektiv u. Ltg. v. E. MEUMANN. Berlin 1989.

Anschrift der Autoren

Dr. paed. habil. Wolfgang Eichler, Branitzer Str. 9, O-1150 Berlin.

Dr. paed. habil. Christa Uhlig, Schottstr. 43, O-1130 Berlin.